

Kurzmeldungen 1-3/2014

kriegerische Konflikte

Nach Untersuchungen der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurden 2013 weltweit 30 Kriege und bewaffnete Konflikte geführt. Sieben kriegerische Konflikte wurden beendet. Drei begannen neu.

Quelle: AKUF am Institut für Politikwissenschaft der Uni Hamburg 19.12.2013

Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik

Die USA wollen sich langfristig in ihrer militärischen Führungsrolle zurücknehmen und fordern mehr Mitgestaltung über eine neue deutsche Sicherheitspolitik ein. Dazu wurde eine Studie (1) veröffentlicht. Bundespräsident Gauck hielt aus diesem Anlaß eine Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz (2).

Deutschland soll in der Welt bei der Gefahrenabwehr und bei der Steuerung der Sicherheitspolitik über ein Risikomanagement mehr Führungsaufgaben übernehmen. Dazu zählt vor allem der Schutz der Infrastruktur, die die Globalisierung und die weltweite Mobilität ermöglichen.

Deutschland soll bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch gegenüber „Störern“ der internationalen Ordnung militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sollen lernen, mit der eigenen Verwundbarkeit umzugehen und eine dezentrale Widerstandsfähigkeit aufbauen.

Die EU soll weiterentwickelt werden. Wenn die Defizitgrenzen der Staatshaushalte wiederholt überschritten werden, soll ein solcher Haushalt von der EU für ungültig erklärt werden dürfen. Diese Kompetenz sollte der Europäische Gerichtshof auf Antrag der Kommission oder einzelner Mitgliedstaaten ausüben. Denkbar wäre auch die Schaffung eines Eurozonen-Budgets mit der EU-Kommission als Wirtschaftsregierung an der Spitze. Vorgeschlagen wird die Schaffung einer zweiten Kammer im Europäischen Parlament, in der Mitglieder der nationalen Parlamente vertreten sind.

Über den Einsatz der Bundeswehr soll in einem Krisen- und Einsatzausschuss entschieden werden, wobei das Parlament einen Rückrufvorbehalt behalten würde.

Quelle: tagesschau.de 31.1.14, Monitor 20.2.14

(1) „Neue Macht neue Verantwortung – Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ von der Stiftung Wissenschaft und Politik und The German Marshall Fund.

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf

(2) Bundespräsident - Rede vom 31.01.2014 "Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen"

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>

Untersuchung zum Giftgasangriff in Syrien

Die Medien-Schlagzeilen zum Beginn der Syrien-Konferenz (22.1.14) haben die schweren Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes zum Thema.

Richard Lloyd, ein früherer UN-Waffeninspekteur, und Theodore Postol, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) für Wissenschaft, Technologie und Nationale Sicherheitspolitik, haben am 14. Januar 2014 unter dem Titel "Mögliche Auswirkungen falscher technischer US-Aufklärung beim Giftgasangriff in Damaskus am 21.8.13" eine Studie veröffentlicht.

Darin kommen sie zum Ergebnis, daß die syrischen chemischen Waffen, die beim Giftgasangriff vom 21.8.13 in Damaskus benutzt wurden, eine Reichweite von rund 2 km haben. Daraus wird ersichtlich, dass diese Munition unmöglich vom östlichen Rand des von der syrischen Regierung kontrollierten Gebietes nach Ostghuta abgefeuert sein kann, wie am 30.8.13 veröffentlicht wurde. Es handelt sich also um eine falsche Behauptung der Syrischen Nationalen Koalition.

Quelle: Versöhnungsbund 22.1.14

<https://www.documentcloud.org/documents/1006045-possible-implications-of-bad-intelligence.html>

3-Prozent-Hürde bei Europawahl verfassungswidrig

Die ÖDP klagte erfolgreich gegen diese Hürde. Das Bundesverfassungsgericht hat die Drei-Prozent-Hürde bei Europawahlen ersatzlos gestrichen. Die Sperrklausel verstoße gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien, heißt es in dem am Mittwoch verkündeten Urteil. CDU/CSU, SPD und die Grünen warnten nach der Entscheidung vor einer Zersplitterung des EU-Parlaments. Die kleinen Parteien sprachen von einer Stärkung der europäischen Demokratie.

Bei der Europawahl haben nun 11 Staaten keine und 15 Staaten eine Sperrklausel.

Quelle: dpa 26.2.14

EEG-Reform

Wirtschaftsminister Gabriel veröffentlichte den Gesetzentwurf zur EEG-Reform Anfang März.

Das Ziel des neuen EEG-Gesetzentwurfes ist, den Anteil erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2025 auf 40% und bis 2035 auf 55% steigern. Es werden auch Obergrenzen des Ausbaus festgelegt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll auf die kostengünstigen Technologien konzentriert werden.

Wenn mehr Erneuerbare Energie als geplant installiert wird, sinkt die Vergütung. Die Anpassung geschieht aber mit rund einem Jahr Verzögerung. Deshalb gibt es für viele Projekte kaum noch Planungssicherheit.

Bis 2017 ein Ausschreibungssystem für Erneuerbare Energie eingeführt ist, soll es noch Einspeisevergütungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen geben. Für die Festlegung der monatlichen Degression sollen die derzeitigen Vorgaben weiter gelten.

Die Abschaltung von Grundlastkraftwerken, um Absatzpotential für Erneuerbare Energien zu schaffen, wird mit dem Gesetz nicht reguliert.

Mit dem Gesetzentwurf soll die Einführung einer EEG-Mindestumlage auf eigenverbrauchten Strom aus Solar- und KWK-Anlagen kommen. Der Eigenverbrauch von

Photovoltaik-Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 10 kW wird mit der EEG-Umlage belastet. Diese Belastung soll wieder über eine Anhebung der Förderung um 0,4 ct/kWh der eingespeisten Energie teilweise ausgeglichen werden. Nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen ist ein Eigenverbrauchsanteil von etwa 10% für die Wirtschaftlichkeit der Anlagen notwendig. Darüber hinausgehende Anteile des Eigenverbrauchs werden mit der EEG-Umlage belastet und diese Belastung wird nicht kompensiert", heißt es in dem Entwurf.

Nach dem Willen der Bundesregierung müssten Neuanlagen vom Netzbetreiber und von Direktvermarktern künftig zentral ansteuerbar sein. Die Netzbetreiber sollen das Recht bekommen, bis zu 5% der Jahresarbeit einer Solarstromanlage unentgeltlich abzuregeln, ohne dass die Anlagenbetreiber wie bisher für die entgangene Einspeisevergütung entschädigt werden.

Die Anzahl der Unternehmen, die sich 2014 von der EEG-Umlage befreien ließen, ist um rund 20% angewachsen. Zusammen mit der Befreiung für Eigenstrom steigen die Industrieausnahmen allein bei der EEG-Umlage auf eine Rekordmarke von über 6,6 Mrd. Euro. Während Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel maximal eine Reduzierung um 1 Mrd. Euro für machbar hält, beziffern Experten von FÖS und DIW das Senkungspotential für die EEG-Umlage auf 3 Mrd. Euro.

2015 sollen Deutsche Bahn, Straßen- und U-Bahnen 15% der Umlage zahlen. Der Beitrag solle sich dann bis 2018 auf 30% erhöhen. Zugleich will Gabriel aber die Eingangsbarrieren für die Befreiung nochmals senken, so dass sich auch kleinere Betriebe von der EEG-Umlage befreien können. Eine endgültige Regelung bei den Ausnahmen steht aber noch aus.

Quelle: Gesetzentwurf zur EEG-Reform (Stand: 4. März)

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Gesetz/entwurf-eines-gesetzes-grundlegenden-reform-eeg.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de.rwb=true.pdf>

www.foes.de/ 13.02.2014

pv magazine

dena-Studie zum Energieversorgungssystem

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) hat die erste umfassende Studie vorgelegt, die den Bedarf an Systemdienstleistungen bei einem hohen Anteil an Stromerzeugung aus Photovoltaik- und Windkraftwerken bis zum Jahr 2030 untersucht. Netzbetreiber sorgen mit Systemdienstleistungen für eine hohe Qualität, Sicherheit und Zuverlässigkeit in der Stromversorgung. Bislang wurden diese überwiegend von konventionellen Kraftwerken bereitgestellt. Mit Systemdienstleistungen halten Netzbetreiber unter anderem die Höhe und Frequenz der Spannung im Stromsystem im zulässigen Bereich oder stabilisieren sie nach einer Störung.

Damit die benötigten Systemdienstleistungen zuverlässig zur Verfügung stehen, sind heute die notwendigen technischen und regulativen Voraussetzungen zu schaffen. So muss beispielsweise für eine erhöhte Koordination von Stromnetz- und Anlagenbetreibern und für einen verstärkten Informationsaustausch gesorgt werden.

Quelle: Deutsche Energie-Agentur (dena) www.dena.de/sdl
sonnenseite.com 12.2.13

EU-Leitlinien zur Energieförderung

Das laufende Prüfverfahren der EU zum Erneuerbare-Energien-Gesetz mit dessen Befreiungen für Wirtschaftsunternehmen von der EEG-Umlage führt zu einem Streit zwischen der Bundesregierung und dem EU-Energiekommissar Joaquín Almunia. Die EU-Vorgaben zum Fördermechanismus für erneuerbare Energien seien „zu restriktiv“ und stünden „teilweise im Gegensatz zum Wortlaut der aktuellen EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien“.

Der von der EU-Kommission favorisierte, schnelle Umstieg auf technologieneutrale Ausschreibungen für Erneuerbare-Energien-Projekte sei nach Ansicht der Bundesregierung „verfrüht“ und gefährde die Energiewende sowie die EU-Klimaziele. Die neuen Vermarktungsregeln zerstören laut einer Studie den Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien. Eine verpflichtende Direktvermarktung sorgt dafür, dass bei einem Überangebot an Strom zuerst saubere und flexible Solar- und Windkraftanlagen abgeschaltet werden. Schmutzige Kohle- und gefährliche Atommeiler dagegen laufen weiter.

Nun legte der Ökostromanbieter Greenpeace Energy eG bei der Europäischen Kommission Einspruch gegen den verzerrten Wettbewerb am Strommarkt ein. Die erneuerbaren Energien werden systematisch benachteiligt, kritisiert die Energie-Genossenschaft in einer Stellungnahme zum laufenden Beihilfverfahren der Europäischen Kommission. Aus Sicht von Greenpeace Energy wäre ein funktionierender Emissionshandel der erste Schritt, die Benachteiligung der Erneuerbaren Energien aufzuheben.

Quelle: sonnenseite.com 19.2.14, Photon

Erneuerbare Energien in der EU

Der Anteil erneuerbarer Energien ist in der EU im Jahr 2012 auf 14,1% des Energieverbrauchs gestiegen (8,3% im Jahr 2004). Die EU will bis 2020 einen Anteil von 20% erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch zu erreichen. 13 EU-Staaten haben sich für einen EU-weiten Anteil von mindestens 27 % Öko-Energie bis 2030 ausgesprochen.

Der größte Zubau von Windkraftanlagen findet in den USA und China statt. Die USA und Japan führen bei der Elektromobilität.

Emissionshandelssysteme existieren in Bundesstaaten der USA und Kanada, Australien, Neuseeland und Korea, in wichtigen Provinzen Chinas sowie in Tokio, andere Länder der Welt führen sie ein. In insgesamt 66 Ländern der Erde werden Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien gezahlt.

Quelle: sonnenseite.com 5.2.14, DIW

Atommüll-Kommission

Seit Sommer 2013 gibt es bereits eine Liste von Personen, die die acht für die Wissenschaft reservierten Plätze in der Atommüll-Kommission einnehmen sollen. Auf diese acht Namen haben sich Union, SPD und Grüne vorläufig geeinigt, vermieden es aber bis heute, diese Liste öffentlich zu machen. Die politische Realität in der Atommüll-Debatte ist leider noch immer meilenweit von der angekündigten Transparenz und Beteiligung entfernt. So entsteht kein Vertrauen, sondern der Eindruck, dass bestimmte

Personalien bewusst bis zum letzten Moment verschwiegen werden, um öffentliche Empörung zu vermeiden.

Schließlich sollen sie acht von 16 Stimmen in der Kommission haben, wenn über die Evaluation des Endlagersuchgesetzes, über Formen der Bürgerbeteiligung, über Grundsatzfragen der Atommüll-Lagerung und über Kriterien für einen Lagerplatz gesprochen und abgestimmt wird.

Wenn man neben den acht Wissenschafts-Personalien und ihrer Ausrichtung noch die bisher sechs schon vorgeschlagenen Kommissions-Mitglieder aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen anschaut, so wird schnell deutlich, dass es in der Kommission nie eine Zwei-Drittel-Mehrheit für geologische Kriterien geben wird, die den Standort Gorleben ausschließen. Eine Sperrminorität von sechs Stimmen wird immer zusammenkommen, die verhindert, dass Gorleben aus dem Verfahren ausscheidet oder verhindert, dass Kriterien beschlossen werden, die einen anderen Standort präferieren. Die beiden Wirtschaftsvertreter sind Repräsentanten der Atomwirtschaft, die zwei Gewerkschaftler sind Vertreter der beiden Gewerkschaften, die den Energiekonzernen am nächsten stehen. Der Vertreter der katholischen Kirche ist ein CDU-Politiker.

Quelle: .ausgestrahlt 26.2.14 <http://www.ausgestrahlt.de/>

Atommüll-Lager Asse

Rund 126 000 Fässer mit Atommüll sollen aus der Asse geborgen werden.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat Erwartungen an eine beschleunigte Rückholung des Atommülls aus dem maroden Lager Asse bei Wolfenbüttel gedämpft. «Mit der Umsetzung der Rückholung kann aus heutiger Sicht erst 2033 begonnen werden», sagte sie bei einem Besuch des Bergwerks. Sie gehe dennoch davon aus, dass eine Bergung noch möglich sei.

Quelle: dpa 4.3.14

Fukushima

Der Betreiber des Atomkraftwerks von Fukushima, Tepco, gab bekannt, dass bei der Atom-Ruine von Fukushima Daiichi eine Strahlung von 25 Sv/h gemessen wurde, in einem Bereiche an dem eine Ventilations-Leitung die Reaktoren verbindet. Menschen ohne jeglichen Schutz würden dort innerhalb von 20 Minuten sterben. Der hohe Strahlungswert zeigt, dass die Lage vor Ort vermutlich weit kritischer sein dürfte, als in der Öffentlichkeit bisher zugegeben wurde.

Der Atomphysiker Horoaki Koide sagte dazu: „Das Gelände rund um Fukushima ist zu einer Art radioaktivem Sumpf geworden. In den umliegenden Brunnen wird hochradioaktives Material entdeckt und natürlich läuft ein Teil davon ins Meer“.

Jeden Tag fließen mehr als 200.000 Liter verseuchtes Wasser in den Pazifischen Ozean.

Auch weit entfernt vom Ort der Katastrophe finden sich kontaminierte Bodenproben.

Ein Wissenschaftler der Universität Kyoto: „Die japanische Regierung hat einfach neue Grenzwerte festgelegt. Danach sind erst 8000 Becquerel gefährlich. Das kam

überraschend, denn vor der Atomkatastrophe galt ein Grenzwert von 100 Becquerel pro Kilogramm. Und jetzt sehen Sie sich unsere Werte an: Alle unter 8000. Und so glauben die Leute, alles sei normal.“

Quelle: oekonews.at, 10.12.13 , ZDF 26.2.14

EU-Kommission senkt Schätzung für Schiefergasvorkommen

Die EU-Kommission hat ihre Schätzung für das Förderpotenzial von Schiefergas gesenkt. Wurde 2011 in der EU noch mit einem Volumen von 15,8 Bill. Kubikmetern förderfähigem Schiefergas gerechnet, waren es 2013 nur noch 13,3 Bill. Dabei bezieht sich die Kommission auf Angaben einer US-Behörde.

Für Deutschland schätzt die EU-Kommission das Förderpotenzial nun höher ein: Statt 0,2 Billionen Kubikmeter, wie noch 2011 vermutet, sollen es 0,5 Billionen Kubikmeter sein. In Polen könnten den Angaben zufolge schätzungsweise 4,2 Bill. Kubikmeter von dem Gas gefördert werden, in Frankreich 3,9 Bill. Kubikmeter. Es sei nicht zu erwarten, dass in Europa ähnliche Mengen zu vergleichbar niedrigen Kosten gefördert werden könnten wie in den USA. Fracking ist eine Technologie zur Förderung von Schiefergas. Bei dem Prozess entweichen große Mengen Methan in die Atmosphäre.

Quelle: dpa 9.1.14

Plastikmüll

Die Abgeordneten des EU-Parlaments fordern ab 2020 ein Verbot der gefährlichsten Plastikprodukte und bestimmter Plastiktüten, als Teil einer europäischen Strategie zur Verringerung von Kunststoffabfällen in der Umwelt. Die EU sollte auch verbindliche Recycling-Ziele für Plastikmüll einführen, so der Text der Entschließung.

Die Abgeordneten schlagen vor, spezifische verbindliche Ziele für die Sammlung - und Sortierung von bis zu 80% - von Kunststoffabfällen auf EU-Ebene festzulegen.

Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass die gefährlichsten Kunststoffe vom Markt genommen werden sollten. Auch Einweg-Plastiktüten sollten nach Möglichkeit schrittweise verboten werden. 25% des Plastikmülls wird derzeit wiederverwertet.

Quelle: sonnenseite 16.1.14, Europäisches Parlament

EU-Saatgut-Verordnung

Das EU-Parlament hat einen umstrittenen Entwurf zum Saatgut abgelehnt. Mit dem Entwurf wollte die EU-Kommission das Saatgutrecht vereinheitlichen. 650 Abgeordnete stimmten dagegen, nur 15 dafür. Vor einem Monat hatte bereits der Agrarausschuss den Entwurf abgelehnt.

Das ist ein wichtiger Erfolg für alle, die gegen die Gängelung der kleinen und biologischen Züchter gekämpft haben.

Quelle: keine-gentechnik.de 11.3.2014

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik.html>

Gen-Mais

Der bisherige Bundesagrarminister Hans-Peter Friedrich hat sich bei der Abstimmung über den Pioneer-Genmais-1507 enthalten. Hätte auch Deutschland den Anbau abgelehnt, wäre es für die EU-Kommission schwerer gewesen, eine Zulassung von Genmais 1507 gegen eine Mehrheit der Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Die Heimat des Maiswurzelbohrers ist Amerika, eingeschleppt nach Osteuropa ist der

Käfer aber mittlerweile auch in Europa auf dem Vormarsch. In Deutschland sind vor allem Bayern und Baden-Württemberg betroffen, 2011 gab es erstmals Funde in Hessen. In Puerto Rico wurde "1507" bereits 2007 vom Markt genommen. Nach nur drei Jahren des Anbaus waren Raupen resistent gegen den Gen-Mais geworden.
Quelle: BUND 12.2.14

Arktis bis 2050 eisfrei

Noch vor der Mitte des Jahres 2050 wird nach einer Studie der Uni Washington die Arktis ohne Eis sein, wenn- die Welt unverändert Treibhausgasemissionen in die Luft pustet. Schon heute liegt die Durchschnittstemperatur in der Arktis um 1,5 Grad höher als zwischen 1971 und 2000. Die Region erwärmt sich doppelt so schnell wie in anderen Erdteilen. Von 1979 bis 2011 nahm die Sonnenreflexion der Arktis um 2% ab. Ende des 21. Jahrhunderts werden die Temperaturen in der Arktis im Herbst um 13 Grad höher sein als in der vorindustriellen Zeit.

In diesem Winter dehnt sich das Meereis der Arktis besonders langsam aus, der Minusrekord aus dem Jahr 2012 könnte sogar gebrochen werden. Darin sehen Meteorologen die Ursache für die starke Kälte in den USA , den Überschwemmungen in Großbritannien und dem milden Winter in Deutschland .

Am Südpol und am Nordpol schmelzen die Gletscher fünfmal schneller als es die Gletscherforscher noch vor zehn Jahren vorausgesagt hatten.

Quelle: klimaretter.info 24.02.2014, sonnenseite.com

Feinstaub in China

Die 15-Mio-Metropole Peking ist praktisch unbewohnbar. Denn die dortigen Feinstaubwerte haben das 46-fache dessen erreicht, was die UN-Gesundheitsorganisation an Grenzwerten festgelegt hat. China gewinnt 70% seiner Energie noch aus alten Kohlekraftwerken.

Dürren in Europa

Kalifornien erlebte die schlimmste Dürre seit 100 Jahren. Auch weite Teile Europas müssen sich auf schwerere und länger anhaltende Dürren sowie fallende Flusspegel einstellen. Das ist das Ergebnis einer Studie, an der eine Forschungsgruppe der Uni Kassel beteiligt war.

Verbunden damit seien ausgeprägtere Dürreperioden mit bis zu 80% höherem Abflussdefizit, so die Studie, die jetzt im Fachmagazin Hydrology and Earth System Sciences veröffentlicht wurde.

Während die Autorinnen und Autoren für den Klimawandel einen Anstieg der globalen Mitteltemperatur um bis zu 3,4 Grad annehmen und sich damit im mittleren Bereich der Prognosen bewegen, sind sie in Sachen Wasserverbrauch pessimistisch und gehen von einem drastischen Anstieg aus.

Quelle: Universität Kassel 2014

IPCC-Bericht

In 15 Jahren wird es unmöglich sein, mit den bestehenden Technologien den Klimawandel aufzuhalten – sofern die Kohlendioxidemissionen nicht sofort deutlich begrenzt werden. Im Berichtsentwurf des Weltklimarates der UNO: Sollten die Staaten beim Einsparen versagen, müssten zukünftige Generationen Technologien entwickeln, um der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen und dieses wirksam zu speichern.

Der Bericht mahnt vor allem an, dass viele Regierungen immer noch mehr Geld in die Subventionierung fossiler Kraftwerke stecken als in die Förderung erneuerbarer Energiequellen.

Im März und April folgen Teil 2 zur Klimaanpassung und im Teil 3 zur Emissionsminderung. Ende Oktober wird der sogenannte Synthesebericht mit der Kernbotschaft vorgelegt. Mehr als 800 Autoren aus 32 Ländern arbeiten am IPCC-Bericht mit.

Quelle: klimaretter.info 20.1.14

EU-Parlament beschließt neue Klimaschutz-Ziele

Das EU-Parlament will Europas Klimaschutz verschärfen. Bis zum Jahr 2030 soll Europa 40% seines Energieverbrauchs einsparen. Bei der Abstimmung gab es 341 Ja-Stimmen für mehr Klimaschutz, 263 Nein-Stimmen sowie 26 Enthaltungen.

Quelle: dpa 5.2.14

Kosten der Treibhausgas-Reduzierung

Nach einer Studie der Uni Stanford würde die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in den kommenden 16 Jahren um 40% weniger als 0,7% der Wirtschaftskraft mehr kosten als das bisherige Ziel, den Ausstoß bis 2020 um 20% zu verringern.

Quelle: dpa 16.1.14

Chemikalien in Kinderkleidung

Greenpeace hat Kinderkleidung internationaler Modemarken auf gefährliche Chemikalien getestet. Das Ergebnis: Artikel von Luxus-Labels schneiden genauso schlecht ab wie solche von Billig-Marken.

Beim Test auf Weichmacher fand Greenpeace Weichmacher (Phthalate) und per- und polyfluorierte Verbindungen (PFC), die extrem langlebig sind und sich in Umwelt und Körper anreichern. Auch als krebserregend geltende Perfluorooctansäure (PFOA) überschritten die Grenzwerte. Einige PFC können das Immunsystem und die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und zu Schilddrüsenerkrankungen führen.

In 50 von 82 untersuchten Artikeln fand Greenpeace Nonylphenoethoxylate (NPE). NPE wird in der Umwelt zu Nonylphenol abgebaut, das hormonell wirksam und besonders für Wasserorganismen schädlich ist.

Greenpeace Deutschland hat im Dezember 2013 erneut stichprobenartig einige Marken untersucht, weil die im internationalen Report geprüften Produkte bereits im Mai und Juni 2013 eingekauft worden waren. Die Ergebnisse der aktuellen Tests bestätigen den ersten Report.

Quelle: Greenpeace 15.1.14

strengere EU-Klimaauflagen für Autos

Die Autobranche muss in der EU ab 2020 schärfere Klimaauflagen für Neuwagen einhalten, bekommt bei der Umsetzung aber mehr Zeit als ursprünglich geplant. Das EU-Parlament stimmte am Dienstag in Straßburg für diesen Kompromiss. Bei neuen Autos soll die Obergrenze für den CO₂-Ausstoß ab 2021 auf 95g/km gesenkt werden. Dabei müssen ab 2020 bereits 95% der Flotte diesen Wert unterschreiten. Ab 2015 soll der Grenzwert zunächst bei 130 g/km liegen. Schon heute gibt es solche Zielwerte, die nach und nach verschärft werden. Deutschland hatte das Vorhaben für die jüngsten CO₂-Reduktionsziele monatelang blockiert.

Quelle: dpa 25.2.14

Bundesbank empfiehlt Reiche in Krisenländern zur Kasse bitten

Wenn einem Euroland künftig die Pleite droht, sollten deren Regierungen erst einmal auf das Vermögen der Bürger zugreifen, anstatt sofort Hilfe der Partnerländer zu beantragen. Das schlägt die Bundesbank in ihrem aktuellen Monatsbericht vor.

Quelle: FAZ 28.1.14

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/drohende-staatsinsolvenz-bundesbank-will-reiche-in-krisenlaendern-zur-kasse-bitten-12771530.html>

BverfG zur EZB-Klage

Das Bundesverfassungsgericht hat die EZB-Klage an die Europarichter weitergeleitet. Das Verfahren soll klären, ob Staatsanleihekäufe der EZB zulässig sind. Das BVerfG legte dem Urteil allerdings eine umfassende Erörterung bei, aus der hervorgeht, dass die Mehrheit der deutschen Richter das sogenannte OMT-Programm der Zentralbank für europarechtswidrig hält. Die EU-Kommission hält das Anleihen-Kaufprogramm der EZB für rechtmäßig.

Wenn die EZB demnach keine eigene Wirtschaftspolitik macht, der europäische Rettungsschirm ESM nicht unterlaufen wird, ein Schuldenschnitt ausgeschlossen ist, Staatsanleihen gerade nicht in unbegrenzter Höhe aufgekauft und Eingriffe in die Preisbildung am Markt möglichst vermieden werden – dann, nur dann, stünde das Handeln der EZB im Einklang mit den europäischen Verträgen.

Wenn durch das Handeln der EZB der Deutsche Bundestag nicht mehr „Herr seiner Beschlüsse“ bliebe, wäre die deutsche Verfassungsidentität verletzt. Das würde dann das Bundesverfassungsgericht ohne eine weitere Vorlage an den Europäischen Gerichtshof prüfen – und entsprechende Akte für unanwendbar erklären.

Quelle: FAZ 7.2.14

Reform des CO₂-Handels

Die EU-Staaten haben letzte Details zur Reform des kriselnden CO₂-Handels geklärt. Die EU will mit der Reform das Angebot an Zertifikaten nun zeitweise verknappen. Der EU-Ministerrat hat der Herausnahme von CO₂-Zertifikaten aus dem Markt (Backloading) im europäischen Emissionshandel zugestimmt. Noch im laufenden Jahr sollen nun etwa 400 Millionen Emissionszertifikate stillgelegt werden. Insgesamt sollen 900 Millionen

vorübergehend vom Markt genommen werden, um deren Preisverfall zu stoppen. Dazu müsste die Tonne Kohlendioxid Experten zufolge 20 bis 30 Euro kosten; derzeit liegt der Preis knapp über fünf Euro. Im vergangenen Jahr wurde die Maßnahme vom EU-Parlament abgelehnt.

Quelle: dpa 8.1.14, klimaretter.info 26.2.14

EuGH bestätigt EU-Leerverkaufsverbot

Die EU-Wertpapieraufsicht ESMA darf in Europa hochspekulative Börsengeschäfte verbieten. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat eine Klage Großbritanniens gegen die EU-Verordnung zu Leerverkäufen überraschend zurückgewiesen.

Nach dem Urteil des EuGH darf die ESMA Maßnahmen erlassen, wenn eine Bedrohung für die Märkte oder die Stabilität des Finanzsystems der EU besteht. Voraussetzung sei, dass keine nationale Behörde entsprechende Schritte getätigt habe oder dass diese nicht ausreichen.

Quelle: EurActiv 22.1.14

<http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/eugh-eu-leerverkaufsverbot-rechtens-008458>

US-Banken zahlten Millionen an TTIP-Verhandler

Die amerikanischen Banken Citigroup und Bank of America haben Bonuszahlungen in Millionenhöhe an Stefan Selig und Michael Froman gezahlt. Sie sind die "Väter" einer Reihe von Freihandelsabkommen, zu denen auch das umstrittene EU-USA Abkommen (TTIP) gehört. Dies berichtet die US-amerikanische Antikorruptionsplattform „Republic Report“.

Stefan Selig, der Verantwortliche für internationalen Handel im amerikanischen Wirtschaftsministerium, hat 9 Mio Dollar von der Bank of America kassiert, als er Ende 2011 von dort zur Obama-Administration wechselte – zusätzlich zu seinem regulären Gehalt von 5,1 Millionen. Michael Froman, der Chef-Verhandler von TTIP und anderen Abkommen bekam ein Abschiedsgeschenk von über 4 Mio Dollar von der Citigroup, als er in Obamas Regierung wechselte. Froman erzählte dem US-Senat er hätte 75 Prozent von dieser Summe wohltätigen Zwecken gespendet. Aber er bekam auch noch 2,25 Millionen von der Citigroup im Zusammenhang mit von ihm gehaltenen Anteilen an Investmentfonds die ihm "als Gegenleistung für seine Dienste für die Citigroup seit 1999" zugesprochen worden waren.

Quelle: sonnenseite.com 24.2.14

www.republicreport.org/2014/big-banks-tpp

weltweite Verschuldung

Die Verschuldung der Banken stieg bis 2007 und blieb dann etwa konstant. Die Staatsverschuldung in allen Staaten ist nach Angaben der BIZ seit 2007 dann um 80% auf 43 Bill. Dollar (31 Bill. Euro) gestiegen. Damit wurden vor allem viele Banken gerettet, um die Krise zu stoppen. Das jährliche BIP beträgt nach IWF-Schätzungen 73 Bill. Dollar.

Quelle: FAZ 10.3.14